

Bezugpreis:
Jahrespreis in Neuenburg RM. 1.50.
Nach die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-
ländischen Bezirke RM. 1.50 mit
Postzuschlag. Preis fremd-
lands. Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gewalt behält
der Verleger auf Lieferung des
Jahres oder auf Rückzahlung
des Bezugpreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
ämter, sowie Agenturen und
Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Gesamtpreis RM. 4.
Exemplar Nr. 24 bei der Oberamts-
Casselle Neuenburg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Weich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenburg.

Nr. 239

Dienstag den 13. Oktober 1931

89. Jahrgang

Eine Devisen-Konferenz in Basel

Die Deviseneinschränkungen sollen angeglichen werden

Basel, 12. Okt. In seiner Nachmittags-Sitzung hat der Verwaltungsrat der B.Z.B. die im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends begonnene allgemeine Aussprache über die Währungsfrage, soweit sie in den Bereich der B.Z.B. eintritt, fortgesetzt und am Schluß seiner Verhandlungen eine Mitteilung hierüber herausgegeben, in der es heißt, daß der Verwaltungsrat die allgemeine Währungsfrage einer Prüfung unterzogen und die Bankleitung ermächtigt hat, die Vertreter der Zentralnotenbanken derjenigen Länder zu einer Tagung nach Basel einzuladen, in denen es notwendig geworden ist, Einschränkungen des Devisenhandels vorzunehmen. Es sollen Mittel und Wege gesucht werden, die Regelung des Devisenhandels in den einzelnen Ländern miteinander in Einklang zu bringen, um die Nachteile zu vermeiden, die sich für diese Transaktionen zwischen den einzelnen Ländern ergeben könnten. Aus den weiteren Mitteilungen der Bankleitung ist ersichtlich, daß der frühere Präsident der Bank der Niederlande, Dr. Wisseling, der infolge seiner leidenden Gesundheit zurückgetreten ist, gebeten wurde, seinen Sitz im Verwaltungsrat bis zum Ende des Jahres 1931 beizubehalten. Dr. Wisseling hat diesem Ersuchen entsprochen.

B.Z.B. verlängert Rediskontkredit der Reichsbank

Berlin, 12. Okt. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Der Verwaltungsrat der B.Z.B. hat beschlossen, den von der Reichsbank an die Reichsbank gewährten und am 4. November fälligen Kredit in Höhe von 25 Millionen Dollar auf 3 Monate, d. h. bis 4. Februar 1932 zu verlängern. Die Leitung der B.Z.B. wird nunmehr mit dem am Reichsbankkredit beteiligten Zentralnotenbanken, der Bank von Frankreich, der Bank von England und der Federal Reserve Bank New York in Verbindung treten, damit diese Banken eine Verlängerung ihrer in gleicher Höhe übernommenen Anteile für den gleichen Zeitraum vornehmen.

Die Goldwährung in Finnland aufgehoben

Helsingfors, 12. Okt. Die finnische Goldwährung ist heute bis auf weiteres aufgehoben und der Diskontsatz auf 9% erhöht worden.

Ernste Lage in China

Telegramm Stimson an den Völkerbund

Genf, 12. Okt. Stimson hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm geschickt, in dem er in sehr positiver Weise die Zustimmung der Vereinigten Staaten zu den Bemühungen des Völkerbundes zur Beilegung des chinesisch-japanischen Konfliktes zum Ausdruck bringt und mitteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von sich aus auf diplomatischem Wege die Anstrengungen des Völkerbundes unterstützen und verstärken werde. Amerika werde deutlich kund tun, daß es sich in dieser Frage nicht desinteressieren werde und daß es die Verpflichtungen nicht außer Acht lassen werde, die Japan und China im Kellogg-Pakt und im Bryan-Pakt übernommen hätten. In Völkerbundsangelegenheiten bezieht man dieses Telegramm Stimson als ein Zeichen für die Wichtigkeit, die die Vereinigten Staaten der Regelung des chinesisch-japanischen Konfliktes belegen.

Japan gegen Amerikas Intervention im mandchurischen Konflikt

Tokio, 12. Okt. Das Telegramm der Vereinigten Staaten, welches die Möglichkeit einer Intervention Amerikas im mandchurischen Konflikt andeutet, ist hier lebhaft kommentiert worden. Eine Persönlichkeit des japanischen Außenministeriums erklärte, daß Japan auf der Politik des Hands-off beharre, mit anderen Worten eine Intervention ablehne und die Angelegenheit als eine lokale betrachtet wissen wolle, die zwischen China und Japan gelöst werden solle. Es wird weiter betont, daß fremde Einflüsse Japan lediglich irritieren würden und so den Bemühungen der Regierung, eine Verschärfung der Situation zu vermeiden, Schaden zufügen.

China droht mit Krieg, falls der Völkerbund verjagt

Peking, 12. Okt. Der Präsident der chinesischen Nationalregierung, Tschiang Kai-shek, hat auf einer Versammlung in Nanking erklärt, daß China zum Kriege schreiten werde, wenn es dem Völkerbund und den Unterzeichnern des Kellogg-Paktes nicht gelingen werde, ihre Vermittleraufgabe im chinesisch-japanischen Konflikt zu erfüllen.

Inflationspolitik!

Gegen Dr. Brüning und Dr. Luther

Es ist eine Enttäuschung, die berechtigt ist, allergrößtes Aufsehen zu erregen, bringt die „Frankfurter Zeitung“ unter der Überschrift „Das Komplott“. Der Inhalt besagt nichts weniger als daß großindustrielle Kräfte am Werk sind, um den Reichsfiskus und die Reichsbank zu zwingen, wieder eine

neue Inflation

auszulassen. Zum Beweis wird ein Schreiben aus der Umgebung eines der beteiligten Schwerindustriellen veröffentlicht, in dem es heißt:
„An dem Tage, an dem der Reichsverband der Deutschen Industrie und die übrigen Verbände von ihrer großen Erklärung, u. a. auch von der Idee der Inflation abrückten, waren einige weltliche Industrielle, die seit langem die Inflation betreiben, beim Reichsfiskus und haben ihm, als er sich ablehnend gegen die Inflation verhielt, erklärt, dann müßten sie nach Bad Darsburg (d. h. zur Rechtsopposition, D. Schrift.) gehen.“

Der Reichsfiskus schüttelt auch die Frage an, wie sich die Industriellen denn die Lage der Sparer dachten, worauf einer von ihnen erklärt haben soll: „Sie müßten eben von vorne anfangen!“

Es wird dann weiter ausgeführt, die weltliche Industrie hoffe, der Einigungsformel von Darsburg den Inflationsbanken einfließen zu können.
Es ist nun in diesem Zusammenhang sehr interessant, daß gleichzeitig von verschiedenen Zeitungen der Rücktritt Dr. Luthers als notwendig vorbereitet wird. So bringt „Das kleine Journal“ in fetten Lettern auf der Titelseite die Worte: „Luthers Rücktritt unvermeidlich. Energielose Reichsbankpolitik“. In dem dazu gehörigen Leitartikel werden Dr. Luther verschiedene Vorwürfe gemacht. Dann heißt es wörtlich:
„Als England den Goldstandard aufgab, erwartete alle Welt, daß nunmehr wenigstens die Reichsbank alsbald folgen werde.“

Es wird dann erwähnt, wie das englische Vahntadumpling die deutsche Wirtschaft schädigt, die Arbeitslosenfiguren vermehre. Dann wird auf die amerikanische Nachricht hingewiesen, die Vereinigten Staaten hätten große Maßnahmen ergriffen, um die Kreditbasis der amerikanischen Wirtschaft zu vergrößern. Daraufhin erklärt anscheinend offiziell die Reichsbank, Deutschland werde auch weiter auf seiner Währungspolitik beharren. Das Unglück für Deutschland sei, daß Dr. Brüning sich nicht entschleide, den Reichsbankpräsidenten fallen zu lassen, der der Aufgabe nicht gewachsen sei, die deutschen Interessen in dem Widerstreit der goldüberfluteten und der goldarmen Länder richtig zu erkennen und entschlossen zu vertreten.

Gleichzeitig bringt das „Neue Wiener Journal“ ein Brieftelegramm, das wissen will, die Präsidenten der Länderbanken seien bei Stenoburg gewesen und wären gegen das Verbleiben Dr. Luthers vorgegangen und zwar wegen seines Festhaltens am Goldstandard. Ferner habe Dugenberg den Reichsfiskus wissen lassen, daß der Kampf der nationalen Opposition gegen den Reichsfiskus ganz besonders durch seinen Zustimmung zur Währungsreform Dr. Luthers bestimmt sei. Dr. Brüning habe sich entschlossen, dem Reichsbankpräsidenten den Rücktritt nahe zu legen. Möglich ist nun, daß der Reichsfiskus im „N. Journal“ und der Berichtshatter des „N. B. Z.“ ein und dieselbe Person ist. Aber sicher ist, daß ein großes Kesselreiben in politischen Kreisen wie in der

Stelle von gewisser Seite aus gegen Dr. Luther, den Gegner der Inflationspolitik, veranstaltet wird.
Die Kräfte werden nun doch die sein, ob Dr. Brüning sich dem Reichstag gegenüber halten kann.

Die Notverordnung in Baden

Karlsruhe, 12. Okt. Die angekündigte zweite badische Notverordnung ist heute von der Regierung in einer Pressebesprechung bekanntgegeben worden. Sie sieht einschneidende Maßnahmen der Regierung vor, um das bestehende Defizit des Haushaltes auszugleichen. Die Notverordnung enthält eine Reihe von Maßnahmen, die besonders auf dem Gebiete der Gemeindepolitik von grundlegender Bedeutung sind. Den Bürgermeistern wird zum Teil diktatorische Gewalt eingeräumt, um die Gemeindehaushalte in Ordnung zu bringen. Allgemeine Beamtengehälterkürzungen bringt die Notverordnung nicht. Dagegen werden die Lehrentgelte durch Kürzung ihres Stundensatzes um 10 Prozent herabgesetzt. Die Zahl der Landtagsmitglieder soll künftig von 88 auf 66 herabgesetzt werden.

Die Kommunisten wollen Hitler, Hugenberg, Schacht, Selbte, und Dösterberg verhaften lassen

Berlin, 12. Okt. Auf Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands hat die kommunistische Reichstagsfraktion nachfolgenden Antrag gestellt: „Der Reichstag wolle beschließen: Adolf Hitler, Hugenberg, Schacht, Selbte und Dösterberg, die auf der Darsburger Tagung der sogenannten nationalen Opposition durch ihr Komplott zur Herbeiführung einer neuen Inflation sich des Hoch- und Landesverrats an den Interessen des werktätigen Volkes schuldig gemacht haben, sind sofort zu verhaften.“

Dieser Antrag der Reichstagsfraktion wurde, wie dazu mitgeteilt wird, durch die Rede veranlaßt, die Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht auf der Darsburger Tagung der Rechtsopposition gehalten hat.

Höpler-Wischoff zurückgetreten

Berlin, 12. Okt. Der preussische Finanzminister Dr. Höpler-Wischoff hat am Montag abend folgendes Schreiben an den preussischen Ministerpräsidenten Brauns gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Ministerpräsident! Der Verlauf der heutigen Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der preussischen Koalitionsparteien hat mich davon überzeugt, daß ich auf die meine Amtsführung erforderliche Unterstützung der Koalitionsparteien nicht mehr in ausreichendem Maße rechnen kann. Der Verlauf der heutigen Staatsministerkonferenz hat mir dabei gezeigt, daß auch zwischen den übrigen Herren Staatsministern und mir die erforderliche Einmütigkeit nicht mehr besteht. Außerdem ist es mir nicht gelungen, diejenige Übereinstimmung der Maßnahmen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung herbeizuführen, die in der heutigen Zeit notwendig wäre. Da es mir unter solchen Umständen nicht möglich ist, mein Amt weiter erfolgreich zu verwahren, trete ich gemäß Artikel 50 der preussischen Verfassung von meinem Amte zurück.“

Ich danke Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, für das Wohlwollen, das Sie mir mehr als sechs Jahre lang bewiesen haben. Sie dürfen versichert sein, daß mir der Entschluß zum Rücktritt, der allein auf sachlichen Meinungsverschiedenheiten beruht, sehr schwer wird, weil er mir die Möglichkeit nimmt, dem preussischen Staate wie bisher mit allen meinen Kräften zu dienen.

Letzte Nachrichten

Stuttgart, 12. Okt. (Beschlagnahme der „Südd. Arbeiter-Ztg.“) Vom Polizeipräsidenten wird mitgeteilt: Die heutige Nummer der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ wurde wegen eines Artikels „Porter Chert“ auf Grund des § 12 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 3 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 beschlagnahmt.

Berlin, 12. Okt. In der Nacht zum 11. Oktober 1931 ist es an der Ecke der Kant- und Schillerstraße in Lichtenberg wiederum zu einem Zusammenstoß zwischen NSDAP-Angehörigen und Kommunisten gekommen. Auf beiden Seiten wurde geschossen. Hierbei wurde der ehemalige Postauswärtiger Kurt Nowak tödlich in die Welt getroffen. Nowak, der bis vor kurzem Mitglied der NSDAP war, hatte 13 Schuß Wundmunition bei sich, die ihm einer seiner Begleiter kurz vor der Schillerstraße zugestrichelt hatte. Zwei andere beteiligte Personen konnten bereits festgenommen werden, von denen einer schon ein Geständnis abgelegt hat.

Gödingen, 12. Okt. Die Explosionskatastrophe in Gödingen hat, wie jetzt festzustellen scheint, insgesamt 17 Todesopfer gefordert. Sechs Leichen liegen noch unter dem Trümmerhaufen. Man hofft, sie bis Montag fest zu bergen. Die Beilegung der 41 Todesopfer erfolgt Montag vormittag 11 Uhr. Um 11 Uhr ist ein Lokalkonferenz an der Unglücksstätte anberaumt worden.

London, 12. Okt. In Irak ist eine schwere Choleraepidemie ausgebrochen, die bisher über tausend Todesopfer gefordert hat. In Basra allein wurden über tausend Fälle festgestellt, von denen über fünfshundert tödlich verlaufen sind.

Der Eisenbahnattentäter legt ein Geständnis ab

Wien, 12. Okt. Wie von einer der Polizei nahestehenden Quelle verlautet, hat der vorgefesselte hier verhaftete Kaufmann Matsushka heute abend nach stundenlangem Verhöre ein in die phantastischen Erzählungen gefülltes Geständnis abgelegt, bei dem Eisenbahnattentäter von Jüterbog und Via Torbago Beihilfe geleistet zu haben, doch wird die Hauptrolle hierbei von Matsushka einer dritten Person zugeschrieben.

40 Morde!

Geheime Gesellschaft in Finnland

London, 12. Okt. Die finnische Organisationsleitung in London hat die Londoner Kriminalpolizei Scotland Yard gebeten, bei der Aufklärung einer geheimen Gesellschaft mitzuarbeiten, die für mehr als 40 Morde in Helsingfors verantwortlich gemacht wird. Diese aus Fanatikern bestehende Gesellschaft hat es sich zum Ziel gesetzt, alle Menschen zu bestrafen, die gegen die Wohlfahrt der Öffentlichkeit arbeiten. Man glaubt, daß die Zentrale sich in London befindet, und von hier aus von einem norwegischen Engländer, einem früheren Finnen, geleitet wird. In Helsingfors sind in den letzten Monaten täglich Menschen verschwand und ihre verkommenen Leichen wurden später aufgefunden. Unter den Opfern befanden sich mehrere Kommunisten. Die Verhaftung der Leichen soll in einer Eisenbahnhalle des größten Friedhofs in Helsingfors erfolgt sein. Der dortige Friedhofsdirektor ist unter der Anklage der Mithatenschaft verhaftet worden.



Aus Stadt und Land

Neuenbürg. Bei der Landes-Oberschau hat sich, wie schon früher berichtet, der Bezirks-Ober- und Gartenbauverein Neuenbürg in Abt. D. Wettbewerb 5. Uebersicht über den gesamten Obstbau von Gemeinden, Vereinen und Genossenschaften beteiligt. Die Konkurrenz bei diesem Wettbewerb war außerordentlich groß — 71 Aussteller —, das Gebotene hebt durchweg auf sehr hoher Stufe und es war deshalb anzunehmen, daß Neuenbürg gegenüber den nach Boden- und klimatischen Verhältnissen bevorzugten Landesgegenden kaum aufkommen konnte. Trotzdem ist es erfreulich, daß der Verein noch einen III. Preis erringen konnte. Für den Obstzüchter sind neben einer großen Anzahl Ausstellungen besonders interessant die Sortenzusammenstellungen nach Bodenanforderungen u. des Verbandes Württ. Baumwarte auf der Galerie (Mittelstück) der Gewerbehalle und der Stand der Gartenbauhochschule Hohenheim in dem Gang rechts vom Eingang zur Ausstellung. Dort sind neben gewöhnlichen Darstellungen die andauerndsten, die weniger auszuwählen und die nicht mehr andauerndsten Sorten in Früchten mit Namensbeschriftung ausgestellt. Als Lehrer wird jeder Obstzüchter hauptsächlich das eine von der Ausstellung mitnehmen, daß die verschiedenen Apfel- und Birnsorten noch mehr als bisher eingeschränkt werden müssen. Wohl mag derjenige, der Gartenobstbau hauptsächlich bei eigener Verwendung der Früchte treibt, eine größere Anzahl Sorten pflanzen, derjenige aber, der mit dem Verkauf seines Obstes rechnet, wird sich in Äpfeln auf höchstens 4-6 Sorten, in Birnen auf 3-4 Sorten und in Nektarinen auf 2-3 Sorten beschränken müssen. Die ganze Ausstellung, die am letzten Sonntag auch aus dem hiesigen Bezirk von etwa 300 Personen besucht war, darf großes Interesse aller Obstbau treibenden Kreise beanspruchen, ist aber auch lehrreich für den Konsumenten, damit er richtig einkaufen kann und unrichtige Verläufe beim Verbrauch des Obstes vermeiden werden. Der Bezirks-Oberbauverein Neuenbürg muß für seine künftige Arbeit eine entsprechende Richtung einschlagen. Die Ausstellung ist noch geöffnet bis nächsten Sonntag und ihr Besuch kann nur warm empfohlen werden.

(Wetterbericht.) Südlicher Hochdruck beherrscht vorerst noch die Wetterlage, sodas für Mittwoch und Donnerstag wieder heiter und trockenes Wetter zu erwarten ist.

Herrnwahl, 12. Okt. Vom Männergesangsverein (Viedertranz). Im Hotel „Deutscher Hof“ hielt der Viedertranz am Samstagabend seine jährliche Generalversammlung unter Vorsitz seines ersten Vorstandes, Kameraden Karl Schweizer. Nach beschließen Begrüßungsworten künnte Chorleiter Oberlehrer Bremenauer den Schwäbischen Sängerkreis an. Zu Ehren des verstorbenen Chormeisters Dr. Hermanns Hausler von der „Harmonie“ Worms, welcher Verein mit dem Herrnhuter Bruderverein freundschaftliche Beziehungen pflegt, erhob sich die Versammlung in tiefem Gedenken von den Sängern. Schloßherrmeister W. J. J. J. wurde für 3jährige Mitgliedschaft mit Diplom, Ehrenzeichen und Sängerbuch ausgezeichnet. Schriftführer W. Weisinger gab den Geschäftsbericht, Kassier R. K. K. den Kassenericht bekannt. Wabzu einstimmig erfolgte die Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Eine längere Aussprache erforderte die Frage der Beteiligung an dem im Juli vorgehenden Frankfurter Sängerkreis, dessen Vortragsfolgen unter Ausschluß des Bettelgangs auf hoher künstlerischer Stufe stehen. Beschluß: Der Viedertranz beteiligt sich offiziell als Mitglied des Schwäbischen Sängerkreises und wird als solches etwa drei der Gesamtstärke einleiben. Beim Jahreswechsel wird der Verein bald nach Witternacht auf der Albbühne ein Silvesterfest veranstalten. Am Weihnachts- und Osterfest sollen bei den Gottesdiensten in Verbindung mit dem Kirchenchor gemischte Chöre zum Vortrag kommen. Nach mehrstündiger Aussprache kam erfreuliche Uebereinstimmung zustande, und der auerend verlaufene Vereinsabend schloß mit dem Vortrag einiger beliebter Männerchöre. Dem Verein für seine künftige Arbeit ein frohes Glück!

Die Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Pforzheim

(mitgeteilt vom Arbeitsamt)

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage im Arbeitsamtsbezirk Pforzheim zeigte in den Sommermonaten ein durchaus unerwartetes Bild. Am 15. März 1931 waren dem Arbeitsamt Pforzheim 1278 Arbeitsuchende gemeldet, die größte Zahl, mit der bisher das Arbeitsamt befaßt war. Eine Entlastung des Arbeitsmarktes ist in den Sommermonaten nur in recht bescheidenem Ausmaße eingetreten. Der tiefste Stand an Arbeitsuchenden dieses Jahres war am 15. Mai mit 1134 Arbeitsuchenden zu verzeichnen. In den Monaten Juli und August hat der Zustrom an Arbeitsuchenden bereits aufs neue eingesetzt, um am 15. September die Rekordzahl mit 1272 zu erreichen. Erst neuerdings ist ein leichter Rückgang infolge saisonmäßiger Belebung in der Schuhwarenindustrie eingetreten, der jedoch den Vergleich mit früheren Jahren nicht ausbalt. Auf 1000 Einwohner des Arbeitsamtsbezirks kommen am 1. Oktober 1931 65 Arbeitsuchende.

Die starke Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden im Sommer ist in erster Linie auf den recht stillen Geschäftsgang in der Schuhwarenindustrie zurückzuführen, die seit Dezember vorigen Jahres ununterbrochen Arbeitskräfte freigesetzt. Erst neuerdings ist eine Belebung zu verzeichnen, die sich in einem erheblichen Rückgang der Zahl der Arbeitsuchenden in einigen Hundert Reueinstellungen und Rückrufen auswirkte.

Das Baugewerbe und die Industrie der Steine und Erden waren im März und April in betriebsfähigem Ausmaße aufnahmefähig. Die Belebung nahm aber rasch wieder ein langsames Tempo an. Im September war bereits wieder ein leichter Zugang zu verzeichnen. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes wurde im Baugewerbe und in den verwandten Berufen außer durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse insbesondere durch die kritischen Verhältnisse beim Geldmarkt beeinflusst.

Die Industrie der Maschinen und des metallverarbeitenden Kleinergewerbes zeigte im letzten halben Jahre nur vorübergehend leichte Anläge einer Besserung. Der Arbeitsmarkt ist in diesen Berufen im ganzen beträchtlich still. Auch im Holz- und Schnitzstoffgewerbe war die Arbeitsmarktlage während des Sommers sehr ruhig. Im Bekleidungs-gewerbe, das den Sommer über nicht aufnahmefähig war, ist infolge saisonmäßiger Belebung eine leichte Besserung zu verzeichnen. Die ungünstigen Witterungsverhältnisse während der Sommermonate wirkten sich sehr nachteilig beim Holz- und Schnitzstoffgewerbe aus. Durch den Saisonstau, der teilweise recht früh eintrat, wurde eine größere Anzahl von Holz- und Schnitzstoffgewerken arbeitslos. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise findet insbesondere auch in der starken Zunahme von arbeitslosen Angehörigen ihren Niederschlag. Zur Zeit sind rund 1000 Angestellte im Arbeitsamtsbezirk Pforzheim arbeitslos gegenüber 600 im Vorjahre. Anzeichen einer Besserung sind bis jetzt nicht vorhanden.

Mit dem Anwaschen der Zahl der Arbeitsuchenden ist

gleichzeitig die Zahl der Unterbringungsempfänger gestiegen. Am 30. September 1931 bezogen 3512 Männer und 1585 Frauen Arbeitslosenunterbringung; Arbeitslosenunterbringung erbielten zu diesem Zeitpunkt 2250 Männer und 640 Frauen. Demnach belanden sich insgesamt 7867 Personen in der Arbeitslosen- und Arbeitslosenunterbringung. Die Zahl der Arbeitslosenunterbringungsempfänger ist seit März 1931 ununterbrochen in der Abnahme begriffen, während die Belastung in der Arbeitslosenunterbringung andauernd steigt. Am 15. September 1931 kamen im Arbeitsamtsbezirk Pforzheim auf 1000 Einwohner 114 Unterbringungsempfänger. Im Durchschnitt sind im Bezirk des Landesarbeitsamts Süddeutschland (Baden und Württemberg) von 1000 Einwohnern 28 Personen Unterbringungsempfänger. Der Arbeitsamtsbezirk Pforzheim steht hinsichtlich seiner Belastung im Landesarbeitsamtsbezirk Süddeutschland unmittelbar hinter dem Arbeitsamtsbezirk Mannheim mit 50,9 Hauptunterbringungsempfängern an zweiter Stelle.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes sind in erheblichem Umfang Vorhandarbeiten durchgeführt worden. Im laufenden Jahre konnten bis jetzt zu Vorhandarbeiten insgesamt 1221 Unterbringungsempfänger zugewiesen werden. Der Aufwand für fertiggestellte und zur Zeit in Ausführung begriffene Vorhandarbeiten beläuft sich auf RM. 1.265.650.—

Württemberg

Öppingen, 12. Okt. (Strehlhändel.) In der Samstagnacht kam es in einer hiesigen Gastwirtschaft in der Grabenstraße zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen einigen Gästen und der Polizei. Den Anlaß hierfür gab ein Zwischenfall, den einige junge Leute, nachdem sie längere Zeit mit einem Bauersmann aus der Umgebung, der das Geld für einige verkaufte Stücke Vieh in der Tasche trug, wüthig gezecht hatten, heraufbeschworen. Durch einen der jungen Leute besetzte der Bauersmann einen Tezometer, um auch Hause zu fahren und hinterlegte bei dem insulischen eingelassenen Chauffeur auch gleich den Fahrpreis. Statt daß Ersterer den Bauersmann vordarungsgemäß nach Hause brachte, führte er erst die jungen Leute auf Kosten des Bauersmanns nach Hause und wollte Ersteren, trotzdem er bereits den Fahrpreis bezahlt hatte, sitzen lassen. Darüber regten sich mehrere der anwesenden Gäste auf und es kam in der Wirtschaft sowohl als auch außen zu lebhaften Auseinandersetzungen, die, als ein hinzugekommener Polizeibeamter die Sache schlichten wollte, zu Tätlichkeiten ausarteten. Ein großes Polizeiaufgebot wurde nötig, um die Ruhe wieder herzustellen. Wüthige Rufe und erschundene Mißhandlungen waren die Ausbeute des mit großer Rohdeut verbundenen Komplexes für den die Hauptbedelshälter, die insulischen festgesetzt werden konnten, wohl einer wenig angenehmen Denkhjel zu erwarten haben.

Lauffen a. N., 12. Okt. (Beginn des Weinherbstes — Flieger über der Stadt.) Der Weinherbst beginnt hier am Montag, den 12. Oktober. Der Ertrag ist zu 5000 hl geschätzt. Weinloft kann sofort gelost werden. Der Preis pro Eimer bewegt sich zwischen 100 und 110 Mark. Qualität gut. Am Freitag nachmittag überflog ein Flieger in ganz niedriger Höhe die Stadt und führte verschiedene Schießen aus. Durch Befehlswurf teilte der Flieger seinen hiesigen Verwandten mit, daß er heute seine Pilotenprüfung ablegte.

Beschlüsse des Weinparlaments

Geilbrunn, 11. Okt. Am Freitag tagte im Rathaus unter Vorsitz von Oberbürgermeister Prof. Bentinger das sog. Weinparlament. Direktor Benz vom Städt. Untersuchungsamt in Geilbrunn und Dr. Kramer von der Weinbauversuchsanstalt in Weinsberg berichteten über die Auskäufe des Weinjahres. Es wurde festgestellt, daß die Reben sich der Jahreszeit entsprechend in durchaus normalem Zustand befinden und die Trauben einen entsprechenden Reifegrad erreicht haben. Nach den Gewinnsangaben ist die Qualität des Vorjahres in gut gepflegten Weinbergen erreicht. Die Säuregrade dagegen sind noch recht hoch. Dr. Kramer wies besonders darauf hin, daß selbst dort, wo infolge Frost und Nebel der Laubfall sehr stark eingesetzt hat und die Oedlograde nur langsam zu nehmen, diese qualitätsmindernde unreife Säure bei weiterem Hängenlassen der Trauben durch Veratmen und Umwandlung rasch und sicher abgebaut wird. Auch Abg. Daag warnte davor, die Trauben vorzeitig herunterzureißen. Der allgemeine Herbstbeginn wurde auf Montag, 19. d. M., festgesetzt. Aus den Mitteilungen der Vertreter der Gemeinden geht hervor, daß die zu erwartende Menge eine geringere sein wird wie im Vorjahr. Dagegen ist bei weiterer guter Witterung natürlich nur dort, wo sie durch Hängenlassen der Trauben auch ausgenützt wird, eine bedeutend bessere Qualität, insbesondere beim Trällinger und Schwarzerling, zu erwarten. Damit dürfte auch, wie die „Schwäbische Tageszeitung“ berichtet, die aufsehend von Weinhandelsvertretern aus durchsichtigen Gründen allgemeinlich verbreitete Meinung, als ob der heurige württembergische Wein besonders schlecht würde, widerlegt sein. Wer von Weingärtnern und Weinbauern nicht der heute allgemein verbreiteten Neurose verfallen ist und zu Worten verheißt, wird gerade vom Heurigen bestimmt nicht enttäuscht sein.

Lieber Reichsbeamter mit ausreichender Besoldung als Landesbeamter mit hochgehängtem Brotkorb

Stuttgart, 11. Okt. Aus Anlaß seines Vertretertags veranstaltete der Württ. Beamtenbund am Sonntag vormittag

zwei große Kundgebungen im Stadtpark und im Bürgerpark, in denen gegen die Befolgungspolitik des Reiches und besonders des Landes Württemberg Protest erhoben wurde. Beide Versammlungen waren von der Beamtenschaft überaus stark besucht.

Der Hauptkundgebung im Stadtpark wohnten als Gäste Oberregierungsrat Leber vom Finanzministerium, ferner die Vertreter der politischen Parteien an. Der Vorsitzende des Württ. Beamtenbundes, Rektor Kegel, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Beamten es an Opfern nicht fehlen lassen, jedoch gegen einseitige, unbillige und ungerechte Maßnahmen protestieren müssen.

Das Hauptreferat erhaltete der Gebaltsführer des Württ. Beamtenbundes, Direktor Brodtag (im Bürgerparkmuseum sprach Stadtrat Kading), der ausführte, daß mit dem Jahr 1930 der Lebensweg der Beamtenschaft einstehe. Den Gebaltsföhrungen vom Reich aus war die Tendenz einer Schonung des Gehaltes und der veranlagten Steuerpflichtigen gemeinsam. Auch die Landwirte wurden durch die Einheitssteuer mit einer Steuerfreiheit bis zu einem Einkommen von 6000 RM. bedacht. Wenn der Württ. Landtag am 24. Juli der Regierung eine Ermächtigung zu einer Sonderbelastung der unständigen Beamten in Württemberg gab, so ist dies als eine Frucht des Landtags aus der Verantwortung anzusehen. Der größte Schlag gegen die Länder- und Gemeindebeamten erfolgte jedoch durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 21. August 1931, in der den Ländern und Gemeinden die Vollmacht gegeben wurde, die Personalangaben beliebig festzusetzen. Von dieser Ermächtigung hat Württemberg durch Notverordnung vom 21. September Gebrauch gemacht und ab 1. Oktober der Beamtenschaft eine weitere Gebaltsföhrung von 5-7 Prozent neben sonstigen sehr einschneidenden Maßnahmen auferlegt. Der Württ. Beamtenbund hat sich gegen diese Maßnahmen gewandt, weil sie Anzeichen von der Weidregierung darstellen und eine finanzielle Notwendigkeit jedenfalls im Augenblick nicht vorhanden war. An der Erhaltung der Eigenstaatlichkeit des Landes haben die Beamten kein Interesse. Lieber Reichsbeamter mit ausreichender Besoldung, als Landesbeamter mit hochgehängtem Brotkorb. (Stürmischer Beifall.) Im übrigen hätten bei Erlass der Württ. Notverordnung offenbar nur rein rechnerische Gesichtspunkte eine Rolle gespielt, wobei die Regierung zugibt, daß sie bei ihren Steuerföhrungen das System anwendet, bei dem das größte Defizit geschätzt werden kann. Gehalt eine eigenartige württembergische Methode. Es wurde mitgeteilt, daß ein lediger unfähiger Beamter heute nichts mehr vor den Wohlfahrtsunterstützungen eines ledigen Erwerbslosen darzubringen. Auf die Steuerfreiheit gleichkommene wurde ebenfalls hingewiesen. Eine jährliche neue Wirtschaftspolitik sei das Gebot der Stunde, aber es seien berechtigte Zweifel darüber vorhanden, ob die Industrie- und die gealterten Berater der Regierung seien. Zusammenfassend wurde festgestellt, daß das Württ. Beamtenamt nicht gegen eine Teilnahme an der allgemeinen Rentenversicherung wendet. Die Erörterung und der Widerstand setzen nur gegen die Art und den Umfang der einzelnen Maßnahmen gerichtet. Die Württ. Sonderregelung wurde mit Unschicklichkeit abgelehnt und im einzelnen die unsozialen Gesichtspunkte herausgestellt.

Einstimmig wurde sodann eine Entscheidung angenommen, in der es heißt:

1. Die in den Notverordnungen des Reiches erkennbare Tendenz, die hohen Einkommen und weitere Teile der Wirtschaft auf Kosten der Gebalts- und Lohnempfänger zu schonen, wird entschieden abgelehnt. Die Beamtenschaft bekämpft den unsozialen Zug der bisherigen Gebaltsföhrungsmaßnahmen.

2. Die von der Württ. Regierung angeordneten, der Beamtenschaft des Reichs widerstrebenden Maßnahmen, insbesondere die weitergehenden Kürzungen der Gehälter usw. haben eine sozialpolitisch gefährliche Erregung in der Württ. Beamtenschaft hervorgerufen. Der von der Regierung geübte Einnahmestau muß in erster Linie auf dem Weg einer Verringerung des Finanzgleichs mit dem Reich und durch anderweitige allgemeine Finanz- und Steuermaßnahmen beseitigt werden. Die Beamtenschaft erwartet von Regierung und Landtag, daß die einseitigen Württ. Maßnahmen aufgehoben werden und zeitliche neue Sonderbelastung der Württ. Beamtenschaft unterbleibt.

Die sich anschließende Ausdrücke war äußerst lebhaft, zum Teil sehr erregt. Es kamen zahlreiche Beamte, aber auch Vertreter der politischen Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den Kommunisten zu Wort. In der Debatte kam allgemein die bis zur Erbitterung gesteigerte Enttäuschung der Beamten gegen die unsozialen Gebaltsföhrungen zum Ausdruck. Es wurde Einstellung der Tributpolitik, ferner Notverordnungen gegen die Wirtschaft und gegen die hohen Preise gefordert. Wenn es höhere Beamte gebe, die der Meinung seien, daß sie noch eine Belastung ertragen könnten, dann hätte niemand etwas dagegen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache von verschiedenen Zuschnereisen in bestigem Tone auch der Vorwurf der Parteilichkeit und der einseitigen Stellungnahme gegen die Beamten gemacht wurde und trotz des Einsprechens des Vorsitzenden, Rektor Kegel, der die Presse warm in Schutz nahm, die beleidigenden Juris gegen die Presse verhärtet fortgesetzt wurden, verließen die anwesenden Pressevertreter zum Zeichen des Protestes geschlossen den Saal. Die Versammlung ging so unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu Ende.

Der Engelsbrander Mord vor dem Tübingen Schwurgericht

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Der erste Verhandlungstag

Montag, 12. Oktober 1931. Der Beginn der Verhandlung ist auf 9 Uhr angesetzt. Schon 1/2 Stunde vorher haben sich vor den breiten Aufgangstreppe des mächtigen Schwurgerichtgebäudes eine große Menge Zuhörer angemeldet. Ohne Karten wurde niemand zugelassen und da bereits über alle Plätze verfügt war, so mußten sehr viele Anwesende, namentlich Zuhörer von den benachbarten Orten Hohenbrunn und Engelsbrand unverrichteter Dinge vor dem Eingang stehen bleiben. Landjäger hatten die Zugänge abgesperrt und immer noch fröhen Leute herbei, die noch Zutastkarten zu erhalten suchten. Um 10 Uhr wird der Sitzungssaal geöffnet. Publikum und eine große Anzahl Pressevertreter haben bereits ihre Plätze eingenommen, als auch schon durch den Stationskommandanten und Vernehmung eines Landjägers der Mörder Beyle heringeführt wird. Beyle macht den Eindruck kühler Kriegergestalt. Er sieht schmächtig, abgebebt und sehr angegriffen aus. In nervöser Erregung blüht er über die Zuschauer. Als der Gerichtsdiener die auf dem Gerichtstisch ausgebreiteten Gegenstände und die Art, mit der die Tat begangen wurde, ausspricht, geht ein trampfhaftes Zucken durch seinen Körper. Die Brust hebt und senkt sich schwer unter seinen abgehenden Atemzügen. Er scheint gegen das aufsteigende Weinen kämpfen zu wollen. Dann starrt er wieder teilnahmslos vor sich auf die Bank nieder.

Als das Gericht erscheint, erhebt er sich und bleibt mit gefalteten Händen stehen.

Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Körtz, die Anklage vertritt Staatsanwalt Franz und die Verteidigung hat der Neuenbürger Rechtsanwalt Dr. Warthardt in Händen. Als Vertreter des Justizministeriums wohnt der Verhandlung bei Regierungsrat Kätz. In der Verhandlung sind neben 23 Zeugen drei ärztliche Sachverständige geladen, darunter Prof. Dr. Hofmann von der Tübingen Universität, bei welchem Beyle einige Zeit während der Untersuchungshaft in Beobachtung seines Gesundheitszustandes gestanden hatte. Wegen Nichtverhaftung er aber wieder in das Untersuchungshaftlager zurückgebracht worden.

Landgerichtsdirektor Körtz erteilt zunächst in feierlicher und erhabener Weise einzelnen der 6 geladenen Geschworenen und beginnt dann mit der Verlesung des Großmündungsbeschlusses.

Es enthält die bisher aufgenommenen Tatbestände des in der Nacht vom 27. auf 28. März d. J. in Engelsbrand erregenen Verbrechens, bei dem Angeklagter Beyle in dem Anwesen seines Schwiegervaters Karl Roll seinen Schwiegervater, seine Schwiegermutter, seine eigene Frau und sein achtjähriges Schwiegerskind in vier rechtlich selbständigen Handlungen, unter vorsätzlicher und klarer Ueberlegung ermordete.

Als der Beschuldigte beim Verlesen des Eröffnungsbeschlusses an die Stelle kommt, in der die Vorgänge über die Ermordung der Frau Rosa und des Kindes Eugen aufgeführt sind, bricht Wehle in Schreien und Weinen aus; er hält sich mit dem Taschentuch die Augen zu und beruhigt sich sehr schwer.

Vorsitzender: Sie sollen uns nun über die Vorgänge Ihrer Tat berichten. Sie wissen doch, warum Sie hier sind? Wehle: Ich bin hier, um vor Gott, dem höchsten Richter, meine Tat zu bekennen.

Vorsitzender, sofort scharf unterbrechend: Nein, Sie haben sich jetzt nicht vor Gott zu verantworten, sondern vor dem weltlichen Gerichte.

Wehle erzählt hierauf in ruhiger und gefasster Weise und in zusammenhängender Form seinen Lebenslauf und wie er zur Tat kam.

Seine Eltern hatten 12 Kinder. Ich besuchte die Volksschule und war stets der Letzte in meiner Klasse. Zunächst sollte ich das Handwerk meines Vaters, Schuhmacher, erlernen. Ich hatte aber keine Lust dazu und wurde väterlich bestraft. Diesen Beruf hatte ich aus gesundheitlichen Gründen nicht ausüben können und wurde dann Hilfsarbeiter in Bismarck. Mit 17 Jahren trat ich in ein intimes Verhältnis zu meiner späteren Frau. Die ich schon von der Schule her kannte. Zu dieser Zeit wurde auch mein Sohn Eugen außerehelich geboren. Mit dem 23. Jahre heiratete ich und lebte glücklich mit meiner Frau. Ich zog dann zu meinen Schwiegereltern ins Haus, weil sie sehr viel Arbeit hatten. Hier unterbricht der Angeklagte seinen Bericht und fügt mit gebrochener Stimme hinzu: Wenn ich nicht ins Haus gezogen wäre, dann stünde ich jetzt nicht hier vor den Schranken des Gerichts.

Seinen Schwiegervater habe er sehr geschätzt. Er war ein erfahrener Mann und ich habe sehr viel von ihm gelernt. Besonders hat mir der Obstbau und die Bienenzucht viel Freude gemacht. Ein Mißverhältnis ist erst entstanden, als der Brautigam der Maria Joll, der Hugo Seeger ins Haus kam. Seeger hat es verstanden, sich bei meiner Schwiegermutter gut anzunehmen. Ich wurde immer mehr zurückgedrängt. Ich galt gar nichts mehr. Zuletzt wurde mir nicht einmal mehr geschickt und auch nicht gewaschen.

Vorsitzender: Ja, das war, als Sie in Scheidung lebten.

Wehle: Nein, schon vorher. Die Verhältnisse wurden immer mißlicher. Meine Schwiegermutter mißte sich in die intimsten Ehevorgänge. Sie wollte nicht, daß meine Frau noch ein Kind bekäme. Das sei aber gar nicht nötig gewesen, da keine Not im Hause gewesen sei. Er sei arbeits- und hartnäckig gewesen und habe sich in der Zeit 3000 Mark gespart und daneben noch alle Anschaffungen von Möbel, Hausgerät, Wienstand usw. gemacht.

Vorsitzender: Warum hat denn Ihre Schwiegermutter nicht gewollt, daß Ihre Frau noch ein Kind bekäme?

Wehle: Das weiß ich nicht, aber warum ist es. Schon vor seinem zweiten Kind Eva habe meine Schwiegermutter darauf gedrückt, daß seine Frau einmal in Karlsruhe bei einer Frau die Schwangerschaft unterbrechen ließ.

Wir glauben im Interesse unserer Verleumdung uns in der Berichterstattung an den genauen Verhandlungsverlauf halten zu müssen und können daher zum Verständnis der nachfolgenden Auseinandersetzungen die Berichte über die intimsten Ehevorgänge der Familie Wehle nicht zurückhalten. Es liegt uns nicht an einer sensationellen Berichterstattung, sondern daran, unseren Lesern Einblicke in die gerichtlich festgestellten Zusammenhänge zu geben, die unmittelbar zur Tat des Angeklagten führten. Gerichtsverhandlungen sind keine Bestände für Jugendliche. Die Schrift.

Vorsitzender: Das scheint mir sehr unglücklich, denn Sie sollten doch einmal das Amtseln übernehmen und dann sind doch Kinder eine Arbeitskraft.

Wehle: Doch, das kann ich bezeugen. Mein Schwiegervater hat nie etwas zu mir gesagt.

In der weiteren Aufzählung schildert Wehle die Verschlechterung seiner wirtschaftlichen Lage durch den schlechten Geschäftsgang in Bismarck, bis er infolge Nervosität und Anstrengung über seine ehelichen und häuslichen Pflichten arbeitsunfähig geworden sei und sich krank gemeldet habe. Seine Lage sei immer schwerer geworden. Von Seiten meiner Schwiegermutter wurde an meiner Frau geküßelt und gebohrt. Ich habe geschäftlich in Haus und Feld, habe aber keinen Erfolg bekommen. Mein eigenes Kind wurde mir entfremdet. Es durfte mir nicht einmal mehr die Hand oder einen Fuß geben. Meine Schwiegermutter hat geküßelt, daß sich meine Frau scheiden lassen sollte.

Ich habe alles getan und nichts unversucht gelassen, ein gutes Verhältnis wieder herzustellen, aber das Mißverhältnis hat immer mehr zugenommen. Mein zukünftiger Schwager Seeger hat während der ganzen Zeit in dem Hause und auch vor meinem Kinde ein Gebaren an den Tag gelegt, als ob er mit meiner Frau verheiratet sei. Ich wurde mißtrauisch und in der Zeit ging meine Frau mit dem zweiten Kinde Eva. Meine Schwiegermutter reizte mich und zweifelte an meiner männlichen Fähigkeit und stellte Seeger als Vorbild in dieser Hinsicht hin. (Dabei sollen Ausdrücke und Redewendungen gemeint sein, die Wehle nicht wiedergeben will.) Trotz allem dem liebte ich meine Frau und wollte mich nicht scheiden lassen, da ich keinen Grund hatte.

Vorsitzender: Sie sagen keinen Grund? Sie haben doch vorher angeführt, daß das Kind Eva von Seeger sein wurde. Das ist doch Grund zur Scheidung. Das ist doch Ehebruch.

Wehle weicht dieser Fragestellung aus und macht teilweise zusammenhängende Aussagen. Er erzählt, daß er bei der Rückkunft seiner Frau im Krankenhaus von seiner Frau abgewiesen worden sei, aber Seeger jeden Tag an ihrem Bette schlief.

Vorsitzender: Ja, das letzte ist doch schon in Scheidung.

Wehle: Das vom Krankenhaus hat mich geschmerzt.

Vorsitzender: Kein Grund zu Schmerz! Das Kind soll doch nicht von ihm sein. Er habe doch gar kein Interesse am Kind gehabt.

Wehle stellt sich hilflos: Seine Frau habe ihm jetzt aus dem Jencksfeld gesagt, daß sie mit Seeger Verkehr gehabt habe. Er habe seiner Frau nicht mehr getraut. Man habe es ihm so gemacht, daß ihm das Leben ganz verleidet sei, und er hätte sich vergiftet wollen und auch einmal erhängen. Sein Ehevorgang kam immer weiter. Er habe auszuweichen müssen und habe sich in der Nähe bei Frau S. einlogiert. Er habe eine Verfügung erhalten, daß das Bett und Möbel ihm gehören. Das habe er geholt. Aber dann hätte er es wieder zurückgeben müssen. Kein Mensch habe ihm geholfen, alle Witten seiner Frau geholfen. Die aus der Scheidung entstehenden Kosten hätten viel Geld aufgezehrt, so daß ihm keine Möbel, Wienstand, Sofa, Wanduhr alles für 44 Mark veräußert worden sei. (Mit erregter Stimme.) So macht man einem hilflosen Mann sein Kind nicht

kaput. Es sei gar kein Grund zur Verheirathung gewesen, weil noch 1200 Mark Geld dagewesen sei, aber das habe er seiner Frau verschrieben gehabt; und nichts hätte sie hergegeben.

Er habe sich auch um Hilfe an den Bürgermeister gewandt, aber der habe ihn abgeschoben und nichts gemacht. Er habe sogar mitgeholfen, seine Frau aufzugeben.

Der Vorsitzende berichtet ihm weitere persönliche Angriffe gegen Bürgermeister Württer.

Wehle: Ja, mich ehelichen Mann haben sie so unglücklich gemacht, daß ich sogar mein eigenes Kind umgebracht habe (bricht dabei in starkes Weinen aus) und keiner hat seine Frau so gern gehabt und so glücklich gelebt, wie ich.

Vorsitzender: Das ist doch nicht glücklich, wenn man seiner Frau nicht traut.

Wehle: Da ist auch meine Mutter zu meiner Frau und hat sie gebeten, sie soll mit mir wieder zusammen sein, aber meine Schwiegermutter hat gesagt: Nicht um tausend Mark.

Der Angeklagte kommt jetzt auf die Tage kurz vor der Tat zu sprechen. Am Donnerstag sei er ins Holz gegangen und am Freitag habe er in Bismarck nach Geschäft geküßt und hätte die nächste Woche wieder anfangen können. Bis er heimgekommen sei, hätte der Rechtsanwalt wegen der Scheidung wieder Geld geküßt gehabt. Abends habe er den Schweinehälften bei seinem Bruder gemittelt und da habe er gegen 8 Uhr seine Frau mit dem Augusten Auto kommen lassen. Sie sei nach Reutenburg zum Rechtsanwalt gefahren. Das habe er gleich gedacht. Um 10 Uhr habe er sie auch wieder mit dem Auto zurückfahren lassen; dann habe er sich ausgezogen und sei ins Bett gegangen, aber schlafen habe er nicht können, weil er geküßt hatte, jetzt sei seine Frau vom Rechtsanwalt gekommen.

Vorsitzender: Welche Kleider trugen sie? Schuhe? Haben Sie die Uhr dabei gehabt?

Wehle macht Angaben, wobei er seine früheren Angaben über Turnschuhe in Abrede stellt. In der Nacht bin ich dann aufgestanden und habe zu meiner Frau gewollt. Ich wollte mit Gewalt zu ihr und sie schwanger machen, damit sie wieder zu mir muß. Dann bin ich übergesprungen und bin den Weg gegangen, den ich früher gemacht habe, als ich noch ledig zu ihr bin. Den Weg über den Javerschotenbaum zum Dachfenster. Ich glaube nicht, daß ich die Regel geküßt habe, weil von den Kriminalbeamten gesagt wurde. Ob ich nicht gemacht habe, weiß ich auch nicht. Ich bin dann vom Stoll in die Küche. Unterwegs habe ich was in die Hand genommen, wenn mich einer nicht zu meiner Rosa lassen will, daß ich mich wehren kann.

Vorsitzender: Was ist vom Gerichtsdienster die Art ausgesprochen: Diese Art?

Wehle ohne Errötung: Ich weiß es nicht. Dann ist auf einmal mein Schwiegervater da gestanden und ich habe zugeschlagen. — Ich wollte ihn nicht totschlagen, bloß mich wehren, daß ich zu meiner Frau komme.

Vorsitzender: Und wie kamen Sie dann zu Ihrer Schwiegermutter?

Wehle: Ich muß Scheint's über ihn gestiegen sein, das weiß ich nicht.

Vorsitzender: Sie müssen doch wissen, daß Sie die Schwiegermutter erschlagen haben.

Wehle: Ich glaube bloß, weil sie tot war. Dann bin ich heraus und in den oberen Stock zu meiner Frau. Sie ist schon an der Tür gestanden, und wie ich sie in den Arm nehmen wollte, ist sie zurückgegangen. Und da ist der Fuß ausgebracht und hat fortgesprungen wollen. — Wehle stutzt und schweigt.

Vorsitzender: Weiter; und dann haben Sie geschlagen?

Wehle: Ich weiß gar nichts mehr. Ich muß aber geschlagen haben, sonst wären sie ja gar nicht tot gewesen.

Vorsitzender: Sie wollen gar nichts wissen, ob Sie sie geschlagen haben. Sie müssen Ihre Frau sogar getreten haben.

Wehle: Ich muß Scheint's zugeschlagen haben. Der Staatsanwalt hat es mir im Zimmer gezeigt, wo auch an Möbeln Ecken weggeschlagen waren. Er hat mit mir auch den Weg gezeigt, den ich wieder zurückgemacht habe.

Vorsitzender: Sie konnten doch zum Fenster oder Türe hinaus.

Wehle: Ich habe keinen anderen Weg machen können.

Vorsitzender: Wo sind Sie denn heraus?

Wehle: Zum Dachfenster Scheint's.

Vorsitzender: Das ist doch 3 Meter hoch!

Wehle: Da kann man doch an Sparten hinaus.

Vorsitzender: Durch Regel hätten Sie doch auch können!

Wehle: Ich glaube nicht, daß ich Regel weg habe. Ich weiß nur, daß ich am anderen Morgen im Bett gelegen habe mit den Dosen an, und da habe ich gedacht, ich müßte fort gewesen sein.

Vorsitzender: Sie hatten doch ein frisches Hemd angezogen, weil am alten Blutspitzer waren.

Wehle: Nein, das habe ich nicht gemacht. Ich weiß auch nicht, daß ich's gemacht habe (den Kopf). Dann bin ich geflücht worden. Dem Kriminalrat in Stuttgart habe ich erzählt; aber dann hat mir ein Gefangener gesagt, ich soll ja nicht dem Prof. Hofmann (dem Herberich) die Wahrheit sagen, und deshalb habe ich dann wieder gelogenet. Die Wut gegen meine Schwiegermutter war gar nicht so groß, daß ich sie habe totschlagen wollen, ich wollte bloß zu meiner Frau, das kann ich vor Gott sagen.

Vorsitzender: Sie rufen Gott an; das haben Sie auch gemacht, als Sie Ihre Aussagen widerriefen und auch in Ihren Aussagen. Gott ist bei Ihnen bei der Wut und bei der Wahrheit. Da weiß ich nicht, ob Sie jetzt die Wahrheit sagen. Sie haben sogar Ihre Unschuld beteuert in Briefen, welche Sie nach Hause schrieben und ein Bild von Ihrer Frau gewollt.

Wehle: Ja, sie hat mir leid getan.

Vorsitzender: Sie haben nun immer nur von der Schuld der anderen gesprochen. Von sich haben Sie noch gar nichts gesagt; auch nicht, daß Sie Ihre Frau geschlagen haben.

Wehle sagt, das sei gewesen, weil sie sich einmal nicht habe lassen lassen.

Vorsitzender: Sie sollen Ihre Frau auch in der Trennschicht in ehelicher Hinsicht viel geplatzt haben, obwohl Ihnen der Arzt Schöningh der Frau empfahlen hatte.

Wehle: Das habe ich auch getan. Ich habe seit langer Zeit keinen Verkehr gehabt.

Vorsitzender: Kommt auf bestimmte Vorgänge in Wirtschaften zu sprechen, in der B. unter Fremden sich schamlos benommen habe.

Wehle: Das sei im Raub gewesen. Auch die Drohung gegen meine Schwiegermutter sei nicht so ernst gewesen. Nichtern hätte er das nicht gesagt. Auch ein Spottbild hätte er auf seine Schwiegermutter im Raub geschlagen.

Der Vorsitzende faßt den bisherigen Bericht kurz zusammen, worauf Kriminalrat Weizsäcker den Tatbestand darlegt, nach dem hervorgeht, daß sein Raubmord vorliegt; daß aber nach Lage der Sachen und der vorhandenen Beweismittel in den entsprechenden Räumen jedesmal bei dem Mord ein Raub stattgefunden habe. Die Ehefrau müsse im Zimmer geschleift worden sein. Das Verhalten Wehles bei seiner ersten Vernehmung sei frech und brutal gewesen; er habe unverschämte Aussagen gemacht; bei der Gegenüberstellung der Leiden habe er keine Spur von Reue gezeigt. Er habe es sogar fertig gebracht, mit gutem Appetit im Zimmer zu essen, wo seine Schwiegermutter erschlagen lag. Die Niederschrift seines

ersten Geständnisses stehe vielfach in Widerspruch zu seinen heutigen Angaben.

Der Verteidiger Dr. Burckhardt hatte sich seitdem in guter abwartender Zurückhaltung gezeigt, da die bisherigen Vernehmungen sich in keiner Weise in einer bestimmten Richtung festlegen lassen und die Aussagen Wehles kein faires Bild über die Beweggründe seiner Tat bei dem Gerichtshof abgeben konnten.

Dem Angeklagten wird sein Geständnis verlesen.

Als erster Zeuge wird Landjäger Schlegel-Reutenburg vernommen. Er schildert sachlich und klar seine Eindrücke und ersten Behandlungsaufnahmen bei seiner Ankunft am Tatort, und die Verhaftung des Wehle. Die Blutspitzer an seiner Hand habe Wehle mit einer Wunde am Finger erklärt. Er habe den Verhafteten dann nach der Vorschrift ausziehen lassen und dabei am Anze starke Schürfwunden festgestellt. Wehle erklärte, er habe mit gefahren und sei vom Wagen abgerutscht.

Vorsitzender: Welchen Eindruck machte Wehle bei seiner Verhaftung?

Zeuge Schlegel: Er zeigte eine bemerkenswerte Ruhe. Ich konnte keine Spur von Aufregtheit beobachten.

Vorsitzender: Wissen Sie auch über die Vorgänge seines ersten gewaltsamen Eindringens, als er die Möbel aus seiner Wohnung holte?

Zeuge: Ja, er hatte dabei mit der Art die Türe eingeschlagen und nach dem Urteil die zugesprochenen Sachen geholt.

Der Staatsanwalt weist darauf hin, daß der Ehefrau Rosa ein längeres Zusammenleben mit Wehle nicht mehr möglich war, da sie des Lebens nicht mehr vor ihm sicher gewesen sei und deshalb die Ehe lösen wollte.

Der Verteidiger möchte durch Zeuge Schlegel feststellen, ob die Haare auf dem Tisch im Nordzimmer der Frau aus gewaltsamem Herausreißen schließen lassen.

Zeuge: Das konnte ich nicht feststellen.

Die weitere Frage des Verteidigers: Nachten die Betten den Eindruck, daß die Leute selbst aufgeschunden waren? beantwortete der Zeuge nicht bedingtmäßig. Der Zeuge sagte: Sie waren in Ordnung.

Wehle: Ich habe mich das erstmal wegen meiner Möbel an den Landjäger um Hilfe gewandt.

Zeuge: Ich habe ihn an den Bürgermeister verwiesen.

Vorsitzender: Das war in Ordnung.

Wehle: Nirgend habe ich Hilfe gefunden und dann habe ich die Möbel selbst geholt.

Vorsitzender: Ja, der Landjäger ist ja auch nicht Ihr Dienstmädchen.

Gefangenenwärter Schuster schildert das Verhalten des Gefangenen nach seiner Einlieferung. Er sei zuerst ruhig gewesen, aber später sei er sehr frech geworden und habe immer gefragt, warum er denn hier gefangen gehalten würde, er sei unschuldig und wolle jetzt weg. Später habe er auch gesagt, wenn's ihm den Kopf löste, dann wolle er sich selber richten.

Es folgte nach kurzer Pause die Vernehmung zweier Jungen, Wildbrett und Schrotz, die mit Wehle im Krankenhaus lagen. Sie geben übereinstimmend an, daß Wehle geküßt habe, wenn die Scheidung kommt, dann könnten sie in den nächsten 8 Tagen etwas hören oder in der Zeitung lesen.

Vorsitzender: Welchen Eindruck machte Wehle, wenn er allein war? Zeuge Schrotz: Finnen, betrunken, nachdenklich.

Zeuge Wildbrett: ganz ruhig, nachdenklich.

Vorsitzender zu Schrotz: Was haben Sie denn gedacht, als er die Anstreichung zu Ihnen machte?

Schrotz: Ich sagte zu ihm, mach nur keine dumme Sachen.

Zeuge Wildbrett äußerte auf die Frage des Vorsitzenden nach dem Eindruck, den Wehle auf ihn gemacht habe als Mann, daß er kein gereifter Mann gewesen sei.

Es tritt bis 3 Uhr Pause ein.

Nachmittags-Verhandlung

Zeuge Rechtsanwalt Doll gibt Auskunft über die Scheidungsangelegenheiten, wobei er anführt, daß die Frau auf seinen Fall für eine Fortsetzung der Ehe sich geneigt gezeigt habe. Dem Grund des Zerwürfisses sieht der Zeuge in sexuellen Ergüssen des Wehle, wofür ein bestimmter Vorfall spreche, den er aber hier nicht in der Öffentlichkeit zu sagen wünsche.

Staatsanwalt: Wie stellte sich die Frau Wehle zu der Beerdigung des Ehebrüders?

Zeuge: Den stellte die Frau in völlige Ablehnung. Die Beerdigung sei ein Ausfluß von Eiferhader gewesen.

Staatsanwalt: Hat die Frau über die Stellung ihrer Mutter zu Wehle gesprochen?

Zeuge: Ja. — Ihre Mutter sei für Verständigung gewesen, wobei sie keine Partei genommen habe.

Verteidiger: War der Schwager Seeger bei den Verhandlungen dabei?

Zeuge: Seeger hat sich bei den Verhandlungen, denen er manchmal wegen des Deimwegs beigewohnt hat, immer im Hintergrund gehalten.

Vorsitzender: Hat Seeger geküßt?

Zeuge: Geschürt hat Seeger nie.

Zeuge Amtsrichter Boffert hält sich in allen Aussagen zurück. Geschimpft habe die Frau über ihren Mann bei ihm nicht.

Dr. Meyger, Gerichtschemiker, berichtet über die genannten chemischen Untersuchungen der an den Leichen vorgefundenen Haare; wobei er feststellt, daß das aufgefundenen Haar auf dem Oberarm des Kindes mit großer Wahrscheinlichkeit von Wehle stamme.

Medizinrat Dr. Lang gibt über die Art der an den Leichen vorgefundenen Schlagwunden an, daß sie vor einem stumpfen Instrument herrühren.

Nach der auf dem Gerichtstisch aufgestellten Babywaage entnimmt er hierauf die präparierten Schädel der vier Erschlagenen und legt sie dem Gericht und den Geschworenen auf den Tisch. Der Anblick löst im Saal eine benommene Stille aus. Wehle blickt harp auf seine Faust nieder. Seine Augen schimmern in harter Erregung. Er bleibt aber gefast.

Vorsitzender: Lassen diese weitgehende Zerschmetterung der Schädel auf mehrfache Schläge schließen?

Zeuge: Bei dieser Zerschmetterung ist die Angabe nicht mit Bestimmtheit zu treffen. Aber Fußstapfen sind offenbar an der toten Frau ausgeübt worden, mit der Absicht, die Leiche unter das Bett zu stoßen und so zu beseitigen.

Staatsanwalt: Wieviele Diebe läßt sich nicht feststellen?

Zeuge: Die Einrisse sind derart stark, daß sie auch gut von einem einzigen Schläge herrühren können.

Verteidiger: Haben Sie an der Leiche der Ehefrau in sexueller Hinsicht etwas bemerkt?

Zeuge: Wir haben nach der Vorschrift alle Teile untersucht, aber nichts gefunden.

Als nächster Zeuge wird Maria Joll vernommen. Da sie mit dem Ermordeten verwandt ist, wird ihre Aussage ohne Vernehmung vorgenommen. Sie schildert zunächst, wie sie die Mordtat entdeckt habe und geht dann auf die Ehevorgänge ihrer Schwester mit Wehle ein. Wehle sei öfters betrunken nach Hause gekommen und habe an seine Frau immer An-



